

Northvolt in der Krise: Steuergelder in Gefahr Was jetzt passiert!

Schleswig-Holstein: Northvolt meldet Insolvenz an, PwC-Gutachten prognostiziert Rückzahlungschancen und Risiken für Staatsmittel.



Heide, Deutschland - In der schleswig-holsteinischen Wirtschaftslandschaft sorgt die Insolvenz des schwedischen Batterieherstellers Northvolt für erhebliches Aufsehen. Über 600 Millionen Euro Steuergeld wurden durch eine Wandelanleihe bereitgestellt, um den Bau des Standorts zu unterstützen. Ein Bericht von PwC aus 2023 zeigt zwar eine positive Einschätzung der wirtschaftlichen Lage von Northvolt, doch die Zukunft der gesamten Unternehmung ist nach wie vor unklar. Laut **NDR** liegt die Wahrscheinlichkeit einer vollständigen Rückzahlung der Wandelanleihe bei 86 Prozent, während das Risiko einer Nicht-Rückzahlung auf unter 1 Prozent geschätzt wird.

Doch wie sicher ist dieser Optimismus? PwC hatte zwar eine

robuste Kundenbasis identifiziert, darunter namhafte Firmen wie Audi, BMW und VW, doch auch einige Warnsignale im Gutachten festgestellt. So vermisste PwC kritische Daten und wies darauf hin, dass Northvolt stark von externen Kapitalgebern abhängig sei. Die Ambitionen des Unternehmens sind klar: Northvolt strebt an, in den nächsten drei bis vier Jahren zu den zehn weltweit größten Batteriezellanbietern vorzustoßen. Angesichts eines zunehmend wettbewerbsintensiven Marktes, insbesondere durch asiatische Anbieter, bleibt abzuwarten, ob dies gelingen kann.

Der Druck auf die Landesregierung wächst

Die schleswig-holsteinische Landesregierung steht nun unter Druck, denn die Opposition sieht die Entscheidung zur Unterstützung von Northvolt kritisch. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD hat die Entscheidungsgrundlage als schwach bewertet und betont, dass die Informationen zur Bürgerschaft dünn seien. Die Landesregierung hingegen begrüßt die Veröffentlichung des PwC-Gutachtens, das eine geringe Risikobewertung ausweist. Auch der Haushaltsausschuss des Bundestages beschäftigt sich nun intensiv mit den Millionen Euro an Steuergeld, die bereits geflossen sind. **Capital** berichtet von bis zu drei Interessenten, die eine Übernahme von Northvolt anstreben, was einen Lichtblick für die Region darstellen könnte.

Die Insolvenz von Northvolt, offiziell im März angemeldet, bringt jedoch auch Unsicherheiten mit sich. Während das Land auf eine Übernahme des Northvolt-Geländes hofft, ist die Zukunft der im Bau befindlichen Fabrik bei Heide alles andere als sicher. Wirtschaftsminister der Landesregierung betont, dass in dieser Situation Geduld gefragt ist.

Maßnahmen zur Stärkung des Batteriemarktes

Inzwischen zeigt der europäische Batteriemarkt

vielversprechende Wachstumsdaten. Eine Studie aus 2023 bescheinigt dem Markt eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 13,44 %. Die Nachfrage nach Lithium-Ionen-Batterien steigt stark, insbesondere durch den Boom in der Automobilindustrie und die zunehmende Verbreitung von Elektrofahrzeugen. Doch auch hier lauern Herausforderungen, etwa das Missverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot bei den benötigten Rohstoffen. Branchenexperten sehen große Chancen, insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien und der Logistik, um eine nachhaltige und zukunftsfähige Batterieproduktion aufzubauen. **Mordor Intelligence** hebt hervor, dass der Markt in Deutschland aufgrund der Zahlen der neu zugelassenen Elektrofahrzeuge über ein erhebliches Potenzial verfügt.

Die Entwicklungen rund um Northvolt werden weiterhin genau beobachtet, nicht nur von regionalen Akteuren, sondern auch von der gesamten Branche. Mit einem unverbindlichen Übernahmeangebot und dem Blick auf eine zukunftsfähige Batteriefabrik in Schleswig-Holstein, bleibt es spannend, wie sich diese Geschichte weiter entfalten wird.

Details	
Ort	Heide, Deutschland
Quellen	• www.ndr.de • www.capital.de • www.mordorintelligence.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.com